



„Avanti Dilettanti“

CORONA Regierung und Opposition streiten im Landtag über den Berliner Kurs.

VON ROLAND ENGLISCH

MÜNCHEN - Es soll eine Regierungserklärung werden, eine Analyse der bayerischen Corona-Politik. Doch es wird vor allem ein Schlagabtausch, der weniger auf Bayern zielt und mehr auf Berlin. Das hat damit zu tun, dass SPD-Fraktionschef Florian von Brunn die Stimmung anheizt mit zahllosen Zwischenrufen. Und damit, dass CSU-Gesundheitsminister Klaus Holetschek mit mindestens der gleichen Schärfe zurück gibt.

Zwei Stunden zuvor hatte das Kabinett neue Lockerungen auf den Weg gebracht. Nicht etwa, weil Bayern schneller sein wollte als die Ministerpräsidentenkonferenz, die an diesem Mittwoch tagt und durchaus ähnliche Beschlüsse fassen soll. Das sei nicht das Ziel gewesen, beteuert Ministerpräsident Markus Söder (CSU); es sei vielmehr um Transparenz dem Landtag gegenüber gegangen, der am Nachmittag tagt.

Dort reden sie allerdings nicht über die neuen Lockerungsschritte, über ihren Sinn oder Unsinn. Sondern über die Impfpflicht, wahlweise über die einrichtungsbezogene für Pflege und Gesundheitswesen und über die für alle. Oder doch zumindest für bestimmte Altersgruppen.

Den Ton dafür setzt auch Holetschek. Die Bundesregierung, sagt er, „tut gar nichts“. Da halte er es mit dem früheren grünen Außenminister Joschka Fischer: „Avanti Dilettanti.“ Berlin unterlaufe „handwerklich ein Fehler nach dem anderen“, das

Gesetz sei „in seinem Vollzug schlammig und schlecht“.

Die Reaktion ist entsprechend. „Substanzloses Geschimpfe einer Regionalpartei“ nennen die Grünen Holetscheks Kritik an Berlin. Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann mahnt „eine vorausschauende Politik an, die vor die Welle kommt“. Das, was Söder in Sachen Impfpflicht treibe, wirke „wie ein Brandbeschleuniger für Querdenker“. Dass er die einrichtungsbezogene Impfpflicht auf Monate aussetzen will, „schadet der gesamten Impfstrategie.“

Einig im Kern

Im Kern sind sich Grüne und SPD, CSU und Freie Wähler gar nicht uneinig. Alle vier befürworten eine allgemeine Impfpflicht, alle vier halten die einrichtungsbezogene als ersten Schritt für akzeptabel. Ihre Redner erklären das Impfen zum Ausweg aus der Pandemie und zum Schlüssel für die Freiheit, die im Moment noch eingeschränkt ist. „Impfverweigerung“, sagt Hartmann, „schränkt unsere Freiheit ein.“

In der Frage allerdings, wer dafür die Verantwortung trägt, dass nichts voran geht, stehen sie sich unversöhnlich gegenüber. CSU und Freie Wähler greifen scharf die Bundesregierung und ihren SPD-Kanzler Olaf Scholz an, der keine Führung zeige. FW-Geschäftsführer Fabian Mehring findet, dass „die Berliner Ampel im Modus Betriebsstörung verharrt“ und damit „Chaos herrscht an jeder

Kreuzung der Corona-Politik“.

Die SPD-Gesundheitspolitikerin Ruth Waldmann kontert, Söder zeige „Führung, ja. Aber leider jeden Tag in eine andere Richtung“. Söder fordere zwar regelmäßig ein bundesweit einheitliches Vorgehen. „Und dann macht er es jedesmal anders.“ Die CSU-Politikerin Tanja Schorer-Dreimel lässt das natürlich nicht gelten und stellt das bayerische „Freiheit und Verantwortung“ gegen Berliner „Chaos, Wirrwarr und Uneinigkeit“.

Für die FDP nimmt Fraktionschef Martin Hagen die Ampel in Schutz. Die habe, sagt er, die Republik bisher gut durch die Krise gesteuert. Im Übrigen wechsle Söder ständig die Teams, vom Team Vorsicht über das Team Augenmaß zum Team Hoffnung und jetzt ins Team Freiheit. „Heute hier, morgen dort“, sagt Hagen, der „den Ausnahmezustand beenden“ und bis zum 20. März alle Beschränkungen aufheben will.

Das will auch die AfD, die den Regierungen auf Landes- wie Bundesebene obendrein vorwirft, sie handelten „faktenresistent und die Wahrheit negierend“, weil sie „Millionen Menschen zu unrecht eingesperrt haben über Monate hinweg“. Damit freilich steht die AfD allein, bei aller Uneinigkeit zwischen den anderen Fraktionen. Dort streiten sie, ob nun Markus Söder vom Berliner Lockungskatalog abgeschrieben hat oder umgekehrt Berlin bei ihm. Die Schritte selbst aber stellt niemand infrage.